

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/05/2006

über die öffentliche Sitzung am 26.06.2006,  
Rettungszentrum

---

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 21:50 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Werner Bandick

#### **Stadtverordnete**

Herr Horst Aschmann  
Frau Carola Behr  
Frau Doris Brandt  
Herr Harald Düwel  
Herr Andreas Fleischer  
Herr Lienhard Franz  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Dieter Heidenreich  
Herr Ole Junker  
Herr Tobias Koch  
Frau Annika Korts  
Frau Monja Löwer  
Herr Hartmut Möller  
Frau Susanne Philipp-Richter  
Herr Ragnar Rohweder  
Herr Steffen Rotermundt  
Herr Jörn Schade  
Herr Hinrich Schmick  
Herr Wolfgang Sinning  
Herr Gerd Smith  
Herr Matthias Stern  
Frau Doris Unger  
Herr Johan von Hülsen  
Herr Roland Wilde  
Frau Petra Wilmer  
Herr Gerald Wittkamp  
Herr Heino Wriggers

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Walter Schneider

- Berichterstatter TOP 16 -

### weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Günter Kluger

- Seniorenbeirat -

### Verwaltung

Frau Ursula Pepper

Herr Horst Kienel

Herr Thomas Reich

Herr Hanno Krause

Frau Meike Niemann

Herr Thorsten Jahncke

Herr Sven Wilke

- Protokoll -

### **Es fehlen entschuldigt**

### Stadtverordnete

Herr Rudolf Beyrich

Herr Andreas Freund

Herr Dirk Langbehn

Herr Hans A. Pahl

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/06 vom 29.05.06
6. Bericht der Bürgermeisterin
7. Antrag der SPD auf Umbesetzung der Ausschüsse
8. Weiteres Verfahren in Sachen Muschelläufer
9. Altenplanung **2006/061.1**  
- Auftragsvergabe -
10. Betriebskostenabrechnung 2005 der Ev.-luth. Kindertageseinrichtungen **2006/064**

- |     |  |                   |
|-----|--|-------------------|
| 11. | Bebauungsplan Nr. 85 - Gelände zwischen der Theodor-Storm-Straße, dem Dahlkamp und der Richard-Dehmel-Straße<br>Behandlung der Stellungnahmen privater Personen<br>Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 85 | <b>2006/063</b>   |
| 12. | Neubau einer 3-Feld-Sporthalle bei der Integrierten Gesamtschule<br>Entscheidung über Realisierung im Rahmen eines ÖPP-Projektes   | <b>2006/078</b>   |
| 13. | Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergütungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)  | <b>2006/067.1</b> |
| 14. | Einführung kommunale Doppik  | <b>2006/016/1</b> |
| 15. | Antrag der CDU bezügl. Ausgliederung der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW)   |                   |
| 16. | Teilnahme am Tag des offenen Denkmals 2006<br>- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 Absatz 1 GO -  | <b>2006/080.1</b> |
| 17. | Resolution zum geplanten Eingriff in das Finanzausgleichsgesetz  |                   |
| 18. | Persönliche Erklärung eines Stadtverordneten   |                   |

## **1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Bandick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er verpflichtet Frau Unger in ihrer ersten Sitzung als Stadtverordnete auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten.

## **2 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung**

In der vorangegangenen Sitzung wurde die Zustimmung zur Änderungen im Kaufvertrag für den 2. Bauabschnitt für das EKZ Klaus-Groth-Straße erteilt und die Vergabekonditionen für die städtischen Flächen im B-Plan 78 b beschlossen.

### **3 Einwohnerfragestunde**

Es liegt eine schriftliche Anfrage von Herrn Wolfgang König zum Thema Muschelläufer, Industriegebiet Beimoor Süd und dem Schützen- und Volksfest vor (s. Anlage) vor. Die Antwort auf diese Frage erfolgt auf Wunsch des Fragestellers schriftlich.

Herr Janßen, Schulleiter der IGS, hat zum Neubau der 3-Feld-Sporthalle an der IGS 2 Anregungen. Er plädiert dafür, die erforderlichen Schritte zügig einzuleiten damit zeitnah mit dem Bau begonnen werden könne. Außerdem bittet er darum, dass die Nutzer bei der Gestaltung einbezogen werden. Diese Bitte äußert auch Herr Krickhahn vom ATSV.

Frau Steinweg und Herr Dzubylla äußern sich zum Muschelläufer. Frau Steinweg wiederholt ihren Appell, den Muschelmann zu versetzen. Herr Dzubylla bittet um eine Antwort auf seine bereits in der letzten Sitzung vorgetragenen Fragen. Es ging dabei um die Frage nach einem Plagiat (Dakie-Statue in Marbella) und die Haltbarkeit des Materials, aus dem der Muschelläufer geschaffen ist. Diese Fragen sollten ursprünglich im Rahmen der letzten Beratung beantwortet werden. Frau Pepper sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Frau Rohloff aus der Stormarnstraße moniert den Wuchs von Unkraut im Außenbereich des 42 und den schlechten Zustand der Umkleiden im BBH für die Sportler, während für die Reparatur des Muschelläufers Geld vorhanden sei.

Frau Pepper sagt zu, dass das Unkraut am 42 beseitigt werde. Eine Verbindung zwischen Muschelläufer und den Kabinen im BBH sehe Bürgermeisterin Pepper nicht. Jedes für sich habe seinen eigenen Stellenwert. In diesem Zusammenhang weist sie auf eine entsprechende Mittelveranschlagung im Haushalt für die Verbesserung der Situation in den Kabinen hin.

### **4 Festsetzung der Tagesordnung**

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 19.06.2006 empfohlen, die Punkte –Teilnahme am Tag des offenen Denkmals, Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gem. § 82 Abs. 1 GO (Vorlage 80.1) und die Resolution zum geplanten Eingriff in das Finanzausgleichsgesetz – auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Tagesordnungspunkte werden vor der persönlichen Erklärung eines Stadtverordneten, die Herr Franz abgeben wird, als Tagesordnungspunkt 16 und 17 behandelt.

Mit dieser Änderung wird die mit der Einladung verschickte Tagesordnung genehmigt.

## 5 **Genehmigung des Protokolls Nr. 4/06 vom 29.05.06**

Zu TOP 2.:

Stadtverordneter Aschmann trägt vor, dass er in der letzten Sitzung den Antrag gestellt habe, dass die Fragen der Einwohnerfragestunde schriftlich beantwortet werden und die Antworten den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden.

*Anmerkung der Verwaltung:*

*Diese Verfahrensfrage zur Abwicklung der Einwohnerfragestunde ist in § 27 Abs. 2 Geschäftsordnung geregelt. Ein Abweichen von diesem Verfahren kann insoweit nur durch eine Änderung der Geschäftsordnung, nicht jedoch durch einen unabgestimmten Einzelantrag erfolgen.*

Zu TOP 8.:

Der 2. Absatz muss nach Ansicht des Stadtverordneten Franz lauten:

Dieser Antrag wird später zurückgezogen, insbesondere weil in den Fraktionen noch Beratungsbedarf besteht.

Zu TOP 10.:

Richtig muss es hier heißen: Der Antrag der SPD ist **obsolet**.

Mit diesen Änderungen gilt das Protokoll als genehmigt.

## 6 **Bericht der Bürgermeisterin**

Bürgermeisterin Pepper gibt einen Sachstandsbericht zum B-Plan Buchenweg. Demnach ist am 06.06.2006 von dem OVG Schleswig ein Normenkontrollverfahren zum Bebauungsplan 78 a gestellt worden. Am 21.06.2006 erfolgte der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung. Die Verwaltung arbeitet zurzeit an einer Stellungnahme. Sie ist dabei von der Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes überzeugt. Sofern in der Sache oder dem Antrag auf einstweilige Anordnung nicht stattgegeben wird, gelte das Baurecht.

## 7 **Antrag der SPD auf Umbesetzung der Ausschüsse**

Dem Antrag der SPD (siehe Anlage) wird einstimmig zugestimmt. Dies gilt auch für die Sitze, die Frau Unger als Bürgerliches Mitglied gem. § 46 Abs. 3 GO verloren hat und jetzt als Stadtverordnete wieder einnehmen wird.

## **8 Weiteres Verfahren in Sachen Muschelläufer**

Bürgermeisterin Pepper trägt eine Antwort des Innenministeriums hinsichtlich der Frage der Zulässigkeit eines Bürgerentscheids bzw. Bürgerbegehrens vor. Diese dürften nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Dabei sei es unentbehrlich, ob es sich um öffentliches oder Privatrecht handelt. Hier ging es um einen Vertrag zwischen der Stadt und einem Dritten, was bedeuten würde, dass ein Bürgerentscheid unzulässig sei.

In Anbetracht dieser Tatsache erklärt Stadtverordneter Schade, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag aus der letzten Sitzung, der die Durchführung eines Bürgerentscheids zum Gegenstand hatte, nicht aufrechterhalte. Stattdessen stellt Stadtverordneter Schade einen Antrag vor, der die Ausarbeitung eines neuen gestalterischen Konzeptes, das sich eng an der barocken Stadtstruktur ausrichtet und in dem der Muschelläufer keinen Platz mehr habe, zum Gegenstand hat (s. Anlage).

Herr Düwel stellt einen Antrag der SPD-Fraktion vor (s. Anlage) der später zurückgezogen wird, da der Antrag der CDU angenommen wird. Zu dem Antrag der CDU merkt Stadtverordneter Düwel an, dass er den Vorgriff, dass der Muschelläufer zu entfernen sei, für unzulässig halte.

Stadtverordneter Fleischer weist darauf hin, dass an der IGS eine Skulptur versetzt worden sei. Herr Heidenreich plädiert dafür, Kontakt zu dem Anwalt aufzunehmen, der das Fielmann-Urteil erreicht hätte. Gleichzeitig solle geprüft werden, ob das Auswahlgremium rechtmäßig zustande gekommen sei.

Abschließend wird der Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag bei der Sparkassenstiftung der Sparkasse Holstein auf Grundlage der kompletten Vergabe der Altenplanung (23.800 €) auf Fördermittel in Höhe von 5.800 € zu stellen. Die Eigenmittel der Stadt betragen hierbei 18.000 € (Auftrag) + 1.000 € (Sachmittel).
2. Wenn die Bewilligung der Förderung durch die Sparkassenstiftung vorliegt, wird die Hamburger Hochschule für Angewandete Wissenschaften – Fakultät Soziale Arbeit und Pflege – beauftragt, die Altenplanung komplett wie im Leistungskatalog beschrieben laut Angebot in Höhe von 23.800 € durchzuführen. Ohne Fördermittel wird die Datenerfassung mit Hilfe der Leitstelle Älterwerden durch die Stadt erledigt und der Auftrag in Höhe von 18.000 € erteilt.

Hierfür werden insgesamt 24.800 € außerplanmäßig bei der HHSt. 4310.6550 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über Minderausgaben in Höhe von 4.000 € bei der HHSt. 4310.7020, einer Rückzahlung der AWO in Höhe von 15.000 € und dem Zuschuss von der Sparkassenstiftung in Höhe von 5.800 €.

**10 Betriebskostenabrechnung 2005 der Ev.-luth. Kindertageseinrichtungen 2006/064**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

1. Die Betriebskostenabrechnungen 2005 für die beiden Kindertagesstätten der Ev.-Luth. Kirchengemeinde werden anerkannt.
2. Die erforderliche Mehrausgabe für die Betriebskosten 2005 in Höhe von 20.115,97 € wird genehmigt.
3. Der erhöhte Abschlag für die Betriebskosten 2006 in Höhe von 20.000 € wird ebenfalls zur Verfügung gestellt.
4. Die Mehrkosten in Höhe von insgesamt 40.115,97 € werden durch Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 4644.7000 (Zuschuss an die AWO – positives Abrechnungsergebnis 2005) in Höhe von 30.115,97 € und bei der Haushaltsstelle 4647.7000 (Zuschuss an das DRK – positives Abrechnungsergebnis 2005) in Höhe von 10.000 € gedeckt.

**11      Bebauungsplan Nr. 85 - Gelände zwischen der Theodor-      2006/063**  
**Storm-Straße, dem Dahlkamp und der Richard-Dehmel-**  
**Straße**

**Behandlung der Stellungnahmen privater Personen**  
**Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 85**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mehrheitlich:

1. Die während der 1. öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 85 vorgebrachten Anregungen privater Personen, die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die Stellungnahmen der Nachbargemeinden haben der Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss am 01.03.2006 und 08.03.2006 in der Anlage zur Vorlagen Nr. 2006/010 näher erläutert, teilweise berücksichtigt/teilweise nicht berücksichtigt.

Die während der 2. öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 85 vorgebrachten Anregungen privater Personen werden – wie in der Anlage zur Vorlage näher erläutert –teilweise berücksichtigt/teilweise nicht berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben sowie die Träger öffentlicher Belange, der Behörden und Nachbargemeinden, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angaben der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 BauGB sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan Nr. 85 für das Gelände zwischen der Theodor-Storm-Straße, dem Dahlkamp und der Richard-Dehmel-Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

*Bemerkung:*

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren keine Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen.

**12      Neubau einer 3-Feld-Sporthalle bei der Integrierten Ge-      2006/078**  
**samtschule**  
**Entscheidung über Realisierung im Rahmen eines ÖPP-**  
**Projektes**

Stadtverordneter Koch stellt den Beschlussvorschlag vor.

Auf die Anregungen der Einwohnerfragestunde eingehend, die zukünftigen Nutzer zu beteiligen, weist er darauf hin, dass beim ÖPP-Modell lediglich eine Funktionalausschreibung durchgeführt werde. Die Detailplanung und -umsetzung würde den privaten Partner übertragen.

Seitens der SPD-Fraktion bezweifeln die Stadtverordneten Düwel und Möller die Wirtschaftlichkeit des ÖPP-Modells im Hinblick auf die „Risikofaktoren“ und sehen in dem ÖPP-Modell eine Grundsatzfrage gegenüber einer konventionellen Ausschreibung. Stadtverordneter Möller spricht sich dafür aus, die Halle in eigener Regie zu bauen und auf jeden Fall die Planungskosten freizugeben. Er beantragt den Beschlussvorschlag Ziffer 1 ohne den Passus „auf der Grundlage der vorgelegten Machbarkeitsstudie der VBD als ÖPP-Projekt“ auszuschreiben, zu fassen.

Stadtverordneter Aschmann sieht in dem Projekt ein geeignetes Instrument, um Erfahrungen mit den ÖPP-Projekten zu sammeln. Er spricht sich für eine zügige Umsetzung der Maßnahme aus.

Anschließend wird der Antrag der SPD, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zu modifizieren und herkömmlich auszuschreiben, mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mehrheitlich:

1. Der Neubau der 3-Felder-Sporthalle (einschließlich Abbruch der alten Halle und Herstellung der Außenanlagen) ist auf der Grundlage der vorgelegten Machbarkeitsstudie der VBD als ÖPP-Projekt auszuschreiben. Die gesperrten Planungskosten (HHSt. 2810.9520) werden freigegeben. Die Verpflichtungsermächtigungen bei den HHSt. 2810.9520 und 2810.9525 in Höhe von zusammen 3,346 Mio. € können entfallen und sind im Rahmen des II. Nachtrages 2006 zu bereinigen.
2. Mit der begleitenden Beratung des Projektes wird die VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH in Berlin auf der Grundlage des Vertragsangebotes gemäß Anlage 3 beauftragt.

**13      Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer      2006/067.1  
Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Ge-  
schicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

1. Die als **Anlage der Vorlage** beigefügte Satzung (Entwurf) über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten **ab 01.07.2006** wird beschlossen.

Der Steuersatz wird für das Halten von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen im Sinne des § 33 i der Gewerbeordnung auf 8 % der elektronisch gezahlten Nettokasse festgesetzt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den einzelnen Automatenaufstellern, die im Zeitraum vom 01.01.1997 bis heute Widerspruch gegen Veranlagungen zur Vergnügungssteuer eingelegt haben, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag auf der Grundlage von ebenfalls 8 % der elektronisch gezahlten Nettokasse abzuschließen. Ziel soll sein, die zurückliegenden Zeiträume rechtsicher abzuschließen. Der Widerspruchsführer hat sich zu verpflichten, den Widerspruch, ggf. Änderungsantrag zurückzunehmen.

Sofern ein oder mehrere Widerspruchsführer hierzu nicht bereit sind, ist rückwirkend ab 01.01.1997 eine Satzungsänderung der o.a. Satzung für Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit erforderlich. Die bisher geltende Satzung wäre ab 01.01.1997 für diesen Bereich aufzuheben.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

1. Die Umsetzung des Ressourcenverbrauchskonzepts wird in der Stadt Ahrensburg durch Einführung der kommunalen Doppik vorgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die kommunale Doppik zum 01.01.2009 einzuführen.
2. Um dieses Ziel zu erreichen, wird folgender Empfehlung des Finanzausschusses zugestimmt:
  - a) Die Umstellung erfolgt auf der Grundlage der bereits für das kommunale Haushalts- und Kassenwesen eingesetzten Software der Firma C.I.P., die um einige Module zu erweitern ist.
  - b) Der Firma Petersen + Co. ist zur externen Begleitung im Rahmen eines so genannten Geleitzuges gemeinsam mit den Städten Bad Oldesloe und Bad Schwartau ein Auftrag zu erteilen.

**15 Antrag der CDU bezügl. Ausgliederung der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW)**

Stadtverordneter Koch erläutert den Antrag (s. Anlage).

Stadtverordneter Düwel ist der Auffassung, dass die strukturelle Diskussion hinsichtlich der wirtschaftlichen Beteiligung noch nicht abgeschlossen sei. Die SPD-Fraktion habe noch offene Fragen und Beratungsbedarf. Falls die CDU den Antrag aufrechterhalte, beantragt Stadtverordneter Düwel eine Auszeit, die später vor der Abstimmung auch genommen wird.

Bürgermeisterin Pepper spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus und plädiert dafür, ZGW (Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft) in der jetzigen Struktur als Regiebetrieb eine Chance zu geben.

Stadtverordneter Aschmann ist auch gegen eine Beschlussfassung am heutigen Tage, ist aber dafür, die Frage nach der richtigen wirtschaftlichen Aufstellung genauer zu hinterfragen.

Stadtverordnete Wilmer spricht sich für eine Vertagung aus, um die anderen betreffenden Fachausschüsse Hauptausschuss (Koordination, Steuerung von Beteiligungen), Bau- und Planungsausschuss (Hochbau) und Werkausschuss (aufnehmender Ausschuss) zu beteiligen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung zieht die CDU-Fraktion ihren Antrag für heute zurück. Stattdessen beschließt die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Stadtverordneten Schade, dieses Thema im September wieder aufzugreifen, wenn die genannten Ausschüsse beteiligt worden sind und die Fraktionen Gelegenheit zur weiteren Meinungsbildung hatten.

**16 Teilnahme am Tag des offenen Denkmals 2006  
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß §  
82 Absatz 1 GO -**

**2006/080.1**

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt mehrheitlich nachfolgenden Beschlussvorschlag ab:

1. Bei der neu zu bildenden HHSt. 6100.6553 „Kosten für Tag des offenen Denkmals“ wird einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 10.000 € zugestimmt, wobei diese Position in den Deckungskreis 125 einzubinden ist.
2. Die Deckung der vorstehenden Ausgabe wird gewährleistet durch Minderausgaben in derselben Höhe bei der HHSt. 6100.6560 „Bauleitplanung Beimoor-Süd“.

**17 Resolution zum geplanten Eingriff in das Finanzausgleichsgesetz**

Der Punkt wird nach einem Antrag zur Geschäftsordnung des Stadtverordneten Stern auf Ende der Debatte und Vertagung, der jeweils mehrheitlich angenommen wird, vertagt.

**18 Persönliche Erklärung eines Stadtverordneten**

Siehe Anlage.

gez. Werner Bandick  
Vorsitz

gez. Sven Wilke  
Protokoll